Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis: 1.90 Rm. Bei Abholung in den Ausgabestellen des Landgebietes 10 Pfg. mehr, bei Zutragung im Stadtgebiet 15 Pfg., im Landgebiet 20 Pfg. Botenlohn.
Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonntagsnummer 20 Pfg. Postscheckkonto: Leipzig 29301. Gemeindegirokonto: Frankenberg. Fernsprecher 51. — Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 22 mm breit) 4 Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Aufträgen mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha und des Stadtrats zu Frankenberg behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 96 — Mittwoch den 25. April 1934 nachmittags — 93. Jahrgang

Polen besteht auf Handlungsfreiheit

Starke Ernüchterung in Frankreich

Abkühlung der französischen Begeisterung über die „großen Erfolge" Barthous

Paris, 24. 4. Nach den ersten Lobgesängen der französischen Presse auf die „großen Erfolge" des französischen Außenministers in Warschau, geht man jetzt zu einer etwas realistischeren Auffassung über. Die Blätter unterstreichen immer noch das herzliche Einvernehmen Barthous mit den führenden polnischen Politikern, müssen aber zugeben, daß Polen trotz allen Entgegenkommens seine volle Handlungsfreiheit bewahren will, weshalb die praktische Anwendung des französisch-polnischen Bündnisses vom Jahre 1921 zum mindesten sehr heikel erscheine. — „Paris Soir" gibt dieser Auffassung offen Ausdruck, Pilsudski, so schreibt der Warschauer Sonderberichterstatter des Blattes, habe dem französischen Außenminister deutlich zu verstehen gegeben, daß er nicht an die Stabilität der augenblicklichen französischen Politik glaube. Solange Polen deshalb keine greifbaren Garantien für die Kontinuierlichkeit der französischen Politik in Händen habe, weigere es sich, seine Handlungsfreiheit einzuschränken. In der gleichen Richtung verläuft die Erklärung, die ein enger Mitarbeiter des polnischen Außenministers dem Vertreter des „Intransigeant" gegeben hat.

Das „Journal des Debats" zieht aus den Warschauer Besprechungen ebenfalls die Schlußfolgerung, daß Polen sich eine sehr große Handlungsfreiheit vorbehalte. Das polnisch-französische Bündnis habe außerdem nur dann Wert, wenn man in den hauptsächlichsten internationalen Fragen zu einer vollkommenen Meinungsübereinstimmung gelange, so insbesondere in der Frage der Rüstung, des Anschlusses und der polnischen Beziehungen zur Kleinen Entente.

Der radikalsozialistische „Notre Temps" zeigt sich von allen Pariser Blättern am realistischsten und erklärt, während Außenminister Beck eher zurückhaltend und sogar kalt gewesen sei, habe Barthou eine jener Reden gehalten, die einem Akademiker Ehre machen würde, wobei er aber ganz vergessen habe, daß es eine Hierarchie der Mächte gebe. Diese Hierarchie habe selbst der Völkerbund anerkannt, der ständige und nichtständige Sitze vergebe. Wenn man die Ausführungen Barthous aufmerksam lese, so habe man unbedingt den Eindruck, daß er nach Warschau gegangen sei, um dort eine Anleihe aufzunehmen. Das Gegenteil scheine aber der Fall zu sein; denn nach den letzten Informationen sehe es aus, als ob Frankreich Polen einen neuen Kredit eröffnet habe, der von vornherein als verloren angesehen werden könne.

Wie der Warschauer Havaskorrespondent meldet, hat Barthou beschlossen, demnächst französisch-polnische Wirtschaftsverhandlungen einzuleiten, um die gegenseitigen Beziehungen auch auf diesem Gebiete einer Klärung entgegenzuführen.

Was Barthou selbst sagt

Warschau, 24. 4. Der nationaldemokratische „Kurjer Warszawski" veröffentlicht am Dienstag einige Erklärungen Barthous, die im allgemeinen dem entsprechen, was Barthou am Montag der Presse gesagt hatte. Obgleich auch darin vielfach von Freundschaft die Rede ist, hat sich Barthou anscheinend doch veranlaßt gesehen, abschließend auf die „Besserung der allgemeinen Lage" in den polnisch-französischen Beziehungen hinzuweisen. Aus den Erklärungen geht ferner hervor, wie auch nicht anders zu erwarten war, daß die Aufrechterhaltung des Bündnisses zwischen Polen und Frankreich als Hauptfrage im Vordergrund der Erörterungen gestanden hat. Diese Frage sei nach Meinung Barthous restlos glücklich erledigt worden. Die Erklärungen, die er — Barthou — in dieser Hinsicht von Pilsudski und Beck erhalten habe, seien durchaus günstig. In dieser Hinsicht könne es kein Mißverständnis mehr geben. Auch die Erklärungen, die er hinsichtlich der Bedeutung und der Tragweite des deutsch-polnischen Abkommens erhalten habe, seien überaus befriedigend. Im gleichen Atemzuge aber mußte sich Barthou zu der Feststellung verstehen, daß „Polen eine Großmacht mit völlig freier und selbständiger Richtung seiner allgemeinen Politik ist. Das deutsch-polnische Abkommen berührt indes in keiner Weise die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich". Ueber das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarn müsse er sich weitestgehende Zurückhaltung auferlegen. Frankreich müsse im Interesse des Friedens darauf bedacht sein, daß zwischen Polen und seinen Nachbarn das beste Verhältnis bestehe. Zur Stellung Frankreichs zu Oesterreich erklärte Barthou, Frankreich werde nach wie vor für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Oesterreichs eintreten. In dieser Hinsicht bestehe zwischen Frankreich, England und Italien völlige Uebereinstimmung. Man sehe keinerlei Anlaß, daß in dieser Frage zwischen Frankreich und Polen irgendein Mißverständnis bestehen sollte. Auch über die Abrüstungsfrage seien in Warschau Gespräche geführt worden. Zum Schluß gab Barthou zu, daß die Frage des französischen Kapitals in Polen für ihn eine natürliche Besorgnis darstelle. Er habe sich genötigt gesehen, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die Lage des französischen Kapitals zu lenken. Er sei von seiner bisherigen Reise sehr befriedigt. Er habe eine Atmosphäre von Freundschaft und Einigkeit vorgefunden.

Der amtliche polnische Bericht

Warschau, 25. 4. Ueber den Besuch des französischen Außenministers Barthou in der polnischen Hauptstadt wird folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

Der zweitägige Besuch Barthous in Warschau hat zu einem längeren und aufrichtigen Meinungsaustausch zwischen den Mitgliedern der polnischen Regierung und Minister Barthou geführt. Die Besprechungen bezogen sich auf die allgemeinen Linien der polnischen und der französischen Politik und erstreckten sich auf alle im Vordergrund stehenden Fragen, die insbesondere die beiden Länder interessieren.

In einer Reihe von Unterhaltungen, die Barthou mit dem polnischen Außenminister Beck hatte, und insbesondere im Laufe einer sehr langen Unterredung mit Marschall Pilsudski am 23. April im Belvedere wurde vor allem festgestellt, daß die Grundlagen des polnisch-französischen Bündnisses absolut unverändert blieben und daß dieses Bündnis ein wichtiges konstruktives Element in der Entwicklung der europäischen Politik bildet.

Die Prüfung der großen aktuellen Fragen hat den gemeinsamen Willen beider Regierungen bekräftigt, die loyale Zusammenarbeit besonders zugunsten des europäischen Friedens fortzusetzen.

Die Reise Barthous nach Krakau, wo er zusammen mit Außenminister Beck den letzten Tag seines Aufenthaltes in Polen verbringt, wird beiden Ministern Gelegenheit geben, ihre Unterhaltungen in derselben Atmosphäre der Herzlichkeit fortzusetzen.

Im Spiegel englischer Blätter

London, 25. 4. (Funkspruch.) Ueber das Ergebnis des Besuches des französischen Außenministers Barthou in der polnischen Hauptstadt sagt der „Times"-Korrespondent in Warschau u. a.: Die Fragen der Abrüstungspolitik und des Völkerbundes sowie die Art und Weise, in der das französisch-polnische Bündnis mit dem deutsch-polnischen Pakt und anderen Verpflichtungen in Einklang gebracht werden könnten, seien alles andere als geregelt. Frankreich sei durchaus bereit, Polen als Großmacht anzuerkennen, aber dies werfe die Frage der Minderheitenverträge auf. Die gegenwärtig für Polen bindenden Minderheitenverträge seien unvereinbar mit dem Range einer Großmacht.

Der Pariser „Times"-Korrespondent schreibt u. a.: In Paris wird nur zu deutlich begriffen, daß eine Ueberprüfung der Lage dringend notwendig war. Die aus Warschau eingetroffenen Berichte lassen keinen Zweifel darüber, daß auf beiden Seiten manches deutliche Wort gesprochen worden ist. Es ist offenbar klar gemacht worden, daß Polen durchaus auf gleichem Fuße behandelt zu werden wünscht und daß es in Zukunft keine prinzipielle, Polen betreffende Entscheidung geben darf, ohne daß es vorher befragt worden ist.

Barthou und Beck in Krakau

Warschau, 25. 4. (Funkspr.) Barthou und der polnische Außenminister Beck sind in Begleitung von Beamten des polnischen Außenministeriums, der französischen Botschaft, sowie polnischer und französischer Journalisten kurz vor Mitternacht in Krakau eingetroffen.

Das Ziel der deutschen Wirtschaft:

Verdoppelung von Erzeugung und Volkseinkommen

Bedeutsame Arbeitstagung des Reichsstandes der deutschen Industrie

Berlin, 24. 4. Unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsstandes der deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, trat am Dienstag der Ausschuß für allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik zu einer besonders wichtigen Arbeitstagung zusammen. An der Sitzung nahmen Reichsarbeitsminister Seldte und der preußische Finanzminister Popitz als Gäste teil.

Zu Beginn der Sitzung machte der Führer der Wirtschaft, Direktor Keßler, über die

organisatorischen Maßnahmen in der Industrie,

die im Verfolg des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft notwendig geworden sind, grundlegende Ausführungen. Er stellte den Grundsatz auf, daß alle Betriebe gleicher Funktion in einer untersten Organisationsform zusammengefaßt werden müßten. Bei ihr liege auch das Schwergewicht des gesamten Verbandswesens, das in sich fachlich und landschaftlich gegliedert sein müsse. Besonders hob Keßler die überragende Bedeutung hervor, die der Persönlichkeit des Wirtschaftsführers künftig beizumessen sei. Es müsse von ihm neben festem Charakter unbedingte Zuverlässigkeit im Sinne des Nationalsozialismus gefordert werden, außerdem aber müsse er über eine eigene weite Erfahrung und eine erfolgreiche Tätigkeit verfügen. Mehr als von den Formen hänge der Erfolg des organisatorischen Aufbaues der Wirtschaft von dem lebendigen Geist, der ihn erfüllt, und von dem Wert der Persönlichkeiten ab, die in der Wirtschaft führen sollen.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand das Thema „Wirtschaftslenkung" von Präsident Pleyfch, München, der zu diesem bedeutsamen aktuellen Wirtschaftsproblem grundsätzlich einleitende Darlegungen machte. Er stellte sich zunächst die Aufgabe, die Wirtschaftsvorgänge in einem als autark und ausgeglichen gedachten Wirtschaftsbezirk, eine „Modellwirtschaft", darzustellen. Er untersuchte dabei im einzelnen die drei Phasen der Wirtschaft, Erzeugung, Geldumlauf und Güterverteilung in ihren Zusammenhängen. Aus dieser Darstellung Pleyfchs ergaben sich neben wichtigen theoretischen Erkenntnissen über die Fragen des Ausgleichs der Verbrauchsgüterwirtschaft, der Bedeutung des Spar- und Investitionskapitals interessante praktische Schlußfolgerungen, insbesondere über das Wesen des Geldes in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, über die Kreditausweitung und Geldschöpfung, über das innere Transferproblem usw.

Anknüpfend an diese mit starkem Beifall aufgenommenen allgemeinen Gedankengänge unternahm Dr. F. Grünig als Ergebnis seiner eingehenden Vorarbeiten den Versuch, diese grundsätzlichen Betrachtungen auf die heutigen Verhältnisse der deutschen Volkswirtschaft zu übertragen.

Den Ausgangspunkt für seine zahlenmäßigen Erörterungen bildete

die Jahresbilanz der deutschen Wirtschaft,

gegliedert nach Ursprung und Verwendung der Produktionserzeugnisse. An ihr wurden zunächst die Wirtschaftsverhältnisse des Jahres 1929 erörtert, danach der Tiefstand 1932 sowie die Wiederbelebung des Jahres 1933 als Folge der staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Der Vortragende vertrat dabei die Auffassung, daß sich die wirtschaftliche Gesamtlage nur mit einer zielbewußten Wirtschaftslenkung meistern lasse, da der Erfolg einer Wirtschaftsbelebung im gleichzeitigen Einsatz aller erforderlichen Hilfen liege. Investitionswirtschaft, sowohl öffentliche wie private Verbrauchsgüterwirtschaft, Außenhandel müßten jeweils neben — nicht hinter- einander einen entsprechend abgestimmten Anstoß erhalten.

Ein unerläßliches Werkzeug einer derartigen Wirtschaftslenkung sei die

stete zentrale Wirtschaftsbeobachtung,

mit der Aufgabe, volkswirtschaftliche Bilanzen aufzustellen und zu verfolgen, auf Gefahrmomente rechtzeitig hinzuweisen und das zahlenmäßige Material für die Entschlüsse der Wirtschaftsführung bereitzustellen.

Abschließend zeigte Dr. Grünig an Hand reichen Zahlenmaterials das anzustrebende und durchaus erreichbare Ziel für die deutsche Wirtschaft: Annähernde Verdoppelung von Erzeugung und Volkseinkommen gegenüber dem Tiefstand von 1932 bei Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte und Erzeugungsstätten.

Kurzer Tagesspiegel

Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff hat bei seiner Abreise aus München ein Danktelegramm an den Reichskanzler Adolf Hitler gerichtet.

Wie von amtlicher Seite festgestellt wird, entsprechen alle tendenziösen Entstellungen ausländischer Zeitungen über einen angeblichen Zusammenhang amtlicher deutscher Stellen oder der Reichsbank mit Oberst Norris, der im Auslande deutsche Wertpapiere aufkauft, in keiner Weise den Tatsachen.

Der Ausschuß für allgemeine Wirtschafts- und Sozialpolitik trat am Dienstag zu einer Arbeitstagung zusammen. Unter den Rednern befanden sich der Führer der Wirtschaft, Direktor Keßler, Präsident Pleyfch, München, und Dr. Grüning.

Der Abrüstungsausschuß des britischen Kabinetts ist am Dienstag abend zusammengetreten.

Im Zusammenhang mit der China-Erklärung Japans vom 8. April ist der japanischen Regierung am Dienstag eine Note zugestellt worden, in der die chinesische Regierung jede Aussprache über den Inhalt der Erklärung ablehnt.

Wie man hört, soll die Festsetzung des Datums für die Saarabstimmung weiter hinausgeschoben worden sein.

Der französische Außenminister Barthou ist am Dienstag abend nach Krakau abgereist.

Auf der Spitze des Stephansturmes in Wien wurde am Dienstag eine große Hakenkreuzfahne gehißt. Die Täter sind unbekannt.

Die Flieger-Landesgruppe 10 (Bayern) im Deutschen Luftsportverband hatte für Dienstag abend die Teilnehmer am diesjährigen Zugspitzflug zur Preisverteilung geladen. Unter den Anwesenden sah man den Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß.

Der Dank des Führers

Berlin, 24. 4. Der Führer gibt bekannt:

Für die gutgemeinten Glückwünsche, die mir zu meinem Geburtstage aus allen Teilen des Reiches und aus dem Auslande zugegangen sind, danke ich herzlich.

Gern würde ich allen denen, die meiner in treuer Anhänglichkeit gedacht haben, im einzelnen antworten, jedoch ist es mir bei der überaus großen Zahl der mir übersandten Segenswünsche nicht möglich. Ich bitte daher, auf diesem Wege meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen.

Adolf Hitler.

Muschanoffs Dank an Hitler

Berlin, 24. 4. Der bulgarische Ministerpräsident Muschanoff hat bei seiner Abreise aus München folgendes Telegramm an den Reichskanzler gerichtet:

„Im Begriff, nach einem kurzen Besuch Ihr großes Land wieder zu verlassen, wo ich bei Ew. Exzellenz, der Reichsregierung sowie dem deutschen Volke so warme Aufnahme gefunden habe, möchte ich Ew. Exzellenz meine tiefe Dankbarkeit für diese Beweise der Sympathie zum Ausdruck bringen. Ich darf auch bitten, Seiner Exzellenz dem Herrn Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, meiner tiefsten Verehrung zu versichern und füge gleichzeitig die besten Wünsche für das Wohlergehen Ew. Exzellenz und das Ihres großen Volkes hinzu. Muschanoff."